



PHILOSOPHISCHER FAKULTÄTENTAG

HOCHSCHULPOLITISCHE VERTRETUNG DER GEISTES-, KULTUR-
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN AN DEN DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN

**Plenarversammlung
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
27.-29. November 2003**

Die Finanzkrise der Universitäten und ihre Folgen für die Geisteswissenschaften Presseerklärung

[\[Kurze Fassung\]](#)

Die Lage der Geisteswissenschaften hat sich in kürzester Zeit gravierend verschlechtert. Steigende Studierendenzahlen und leere staatliche Kassen haben bundesweit Stellenstreichungen, Reduktionen und Auflösungen ganzer Bereiche oder Einstellungen von Studiengängen auch an renommierten Universitäten auf die Tagesordnung gesetzt. Die Politik ist im Begriff, einen zentralen Ausbildungsbereich mit in vielen Bereichen extrem hohen Studierendenzahlen irreversibel zu beschädigen.

Im aktuellen Trend, eine möglichst direkte Verwertbarkeit von Ausbildungswegen einzufordern, werden die interdisziplinär angelegten geistes- kultur- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge durch strukturelle Eingriffe in ihrer Substanz gefährdet. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass der Erfolg der bis 2010 abzuschließenden Einführung gestufter Studiengänge (Bachelor/Master) nach dem Europäischen Studienmodell von einer erhöhten Betreuung und Beratung entscheidend abhängt. Geradezu gegenläufig wird sich die Relation von Studierenden und Lehrenden weiter verschlechtern, mit allen Folgen für die fachliche Betreuung, den Studienerfolg und Studiendauer.

Die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften sollen eine grundlegende Bildungsreform organisieren und gleichzeitig Beschneidungen hinnehmen, die ihre Substanz gefährden.

[\[Lange Fassung\]](#)

Der Philosophische Fakultätentag als hochschulpolitische Vertretung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften an den deutschen Universitäten stellt mit tiefer Besorgnis fest, dass sich die Lage der Geisteswissenschaften in kürzester Zeit gravierend verschlechtert hat. Steigende Studierendenzahlen und leere staatliche Kassen haben eine Situation geschaffen, die in allen Bundesländern zu erheblichen Einschnitten führen, von denen die Geisteswissenschaften überproportional betroffen sind.

So soll etwa die Philosophische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg knapp 30% der für die Gesamtuniversität vorgesehenen Einsparsumme erbringen. Bundesweit sind Stellenstreichungen, Reduktionen und Auflösungen ganzer Bereiche oder Einstellungen von Studiengängen an der Tagesordnung (etwa der Lehramtsstudiengänge an renommierten Universitäten des Landes Nordrhein-

Westfalen). Einschreibungen in geisteswissenschaftlichen Fächern werden z.B. im Land Berlin ausgesetzt.

Der Philosophische Fakultätentag hält weder Kürzungen für verantwortbar, die auf dem Zufall nicht besetzter oder freiwerdender Stellen beruhen, noch Streichungen, die das differenzierte Geflecht großer und kleiner Fächer und damit die Substanz der Geisteswissenschaften beschädigen.

Im aktuellen Trend, eine möglichst direkte Verwertbarkeit von Ausbildungswegen einzufordern, haben die Geisteswissenschaften, deren gesellschaftliche Relevanz nicht immer auf den ersten Blick erkennbar ist, naturgemäß einen schweren Stand, da das Berufsfeld ihrer Absolventen außerordentlich breit gefächert ist und in der Öffentlichkeit als diffus wahrgenommen wird. Gerade deshalb hat die Politik die Verantwortung, einen zentralen Ausbildungsbereich mit in vielen Bereichen extrem hohen Studierendenzahlen nicht irreversibel zu beschädigen.

Die geschilderte Situation wird noch dadurch verschärft, dass mit der bis 2010 abzuschließenden Einführung gestufter Studiengänge (Bachelor, Master, Promotion) eine Erhöhung des Betreuungs- und Beratungsbedarfs verbunden ist, der sich aus den überwiegend studienbegleitenden Prüfungen in den neuen Studiengängen und der längeren Parallelführung ›neuer‹ und ›alter‹ Studiengänge (in Wahrung des Vertrauensschutzes für die in ›alte‹ Studiengänge eingeschriebenen Studierenden) ergibt.

Die Bewältigung dieser personalintensiven Anforderungen wird noch dadurch erschwert, dass zum einen die Zahl der Studierenden auf hohem Niveau zunimmt und aus gesellschafts- und bildungspolitischen Gründen auch weiterhin zunehmen soll, zum anderen aber die strukturellen Eingriffe durch Stellenstreichungen und -umschichtungen die interdisziplinär angelegten geistes- kultur- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge in der Substanz gefährden. Auch wird sich die in vielen Bereichen nicht hinnehmbare Relation von Studierenden und Lehrenden weiter verschlechtern, mit allen Folgen für die fachliche Betreuung, den Studienerfolg und Studiendauer.

Die Geisteswissenschaften sollen somit inmitten einer existenzbedrohenden Finanzkrise eine grundlegende Bildungsreform organisieren und sich gleichzeitig Beschneidungen gefallen lassen, die ihre Substanz gefährden.